

Europa-Reformvertrag

Von Helmut Böttiger

Der Bundestag soll nach der Deutschlandfunk-Spättausgabe vom 11.3. am Donnerstag, dem 13.3. die notwendige Grundgesetzänderung für die Ratifizierung des EU-Vertrages von Lissabon absegnen. Damit würden sich die Abgeordneten, wenn sie den Vertrag denn gelesen hätten, endgültig und offen als Volkszerstreter erweisen.

Frankreichs Führung, dessen Bevölkerung sich 2005 mehrheitlich gegen die EU-Verfassung ausgesprochen hatte, hat den Ersatz-Vertrag bereits fern von Volkes Wille ratifiziert, und in England hat die Labour-Regierung ein Referendum verhindert. Nach Plan sollen die 27 EU-Staaten den EU-Vertrag von Lissabon bis Anfang 2009 ratifiziert haben, damit er bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 bereits in Kraft ist. Die EU-Staatschefs wollen die Wiederholung einer Ablehnung wie 2005 vermeiden. Einzig die Iren dürfen wohl im Mai direkt über das Vertragswerk entscheiden. Dort schrieb die Verfassung ein Referendum vor. Im Mai wird der Bundestag den Vertrag verabschieden. Ab Mitte 2009 wird er gültig.

Die Mehrheit der Deutschen, denen man in über fünfzig Jahren beigebracht hat, der individuellen Duldung wegen ihr Land und ihre Nation, in den Dreck zu treten, begrüßen die Integration in die EU - allerdings meist aufgrund falscher Vorstellungen. Sie glauben, wie schon am 19.10.2007 die Schweizer Bundesrätin und Außenamtchefin Calmy-Rey neben vielen: Der EU-Reformvertrag würde "die EU effizienter und demokratischer machen", und auch, mit dem Nationalstaats werde der falsche, kriegerische Nationalismus überwunden, was die Welt friedlicher machen würde. Das Gegenteil ist der Fall; nur sind die Finanzinteressen hinter den Kriegen umfassender geworden.

Falsche Vorstellungen werden gezielt geweckt. Nehmen Sie nur ein Beispiel aus dem Vertrag. Auf Seite 433 der EU-Ersatz-Verfassung in Titel I, Artikel 2 Abs. 2 heißt es z.B. "Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden". Soweit, so gut. In den Erläuterungen dazu steht dann aber: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um a) [...] b) [...] c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen". und in Artikel 2 des rechtsverbindlichen Protokolls Nr. 6 zum Vertrag: "Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden". Das eine hört man, das andere nicht - und wer entscheidet schließlich, was "rechtmäßig unbedingt erforderlich" oder eine "unmittelbare Kriegsgefahr" ist, z.B. im derzeitigen "Krieg gegen den Terrorismus"? Wie sagte noch der italienische Präsident Giorgio Napolitano auf einer Pressekonferenz in Siena, wozu unser Bundespräsident zustimmend genickt haben soll (laut Sunday Express 17.6.2007): "Diejenigen, die gegen die EU sind, sind Terroristen". Daher die hastigen Maßnahmen zur umfassenden Überwachung der Bürger im Vorfeld der neuen Europäischen Integration?

Wie friedlich die Welt durch die neue EU wird, erfährt man aus der Prawda vom 10.3.2008. Unter der Überschrift "Die EU bereitet sich wegen Rohstoffressourcen zum Krieg gegen Rußland vor" war zu lesen:

"Der Westen und Rußland können in sehr naher Zukunft ernsthafte Konflikte wegen der Energie-Ressourcen in der Arktis erwarten, dabei kann die EU für Entscheidungen von Energiefragen die Streitkräfte der NATO heranziehen. Dies besagt ein Dokument, das den Oberhäuptern der 27 Mitgliedsstaaten der EU bei dem bevorstehenden Treffen in Brüssel vorgeschlagen wird. Dieses Dokument haben der Oberste Kommissar der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana und die Kommissarin der EU für Außenbeziehungen Benito Ferrero-Waldner erstellt. Es umfaßt sieben Seiten und wird bei dem Treffen den Staatsoberhäuptern der EU vorgestellt, das diese Woche in Brüssel stattfindet".

Am Anfang des neuen Europa-Gedankens stand die deutsch-französischen Aussöhnung, die Rückkehr des Saarlandes zur Bundesrepublik, die Montanunion und dann die EWG - die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs. Um die Europäer enger aneinander zu binden, sprach man von einem "Europa der Vaterländer". Heute spricht man nicht einmal mehr von einem Vaterland Europa. Europa ist eine Verwaltungseinheit zur Benutzung der Vereinzelteten durch wenige geworden. Längst hat die Großwirtschaft und ihre Bürokratie in EU-Europa die Macht übernommen. Was heißt schon gemeinsamer Markt? Es geht um Rohstoffe, über die EU-Europa kaum verfügt. Mit wirtschaftlichem, d.h. geringem Aufwand kommen Konzerne an Rohstoffe, wenn sie - wie gehabt - rohstoffreiche Länder militärisch überfallen und dann "demokratisch" willfährige Regierungen einsetzen lassen. Die USA haben es vorgemacht, jetzt sind die Europäer dran. Für Waffen und Menschenleben kommt die Gesellschaft auf, der finanzielle Vorteil geht an die Unternehmensleitungen und ihre Meinungs- und Polit-Bediensteten, die sogenannte übernationale Elite.

Je größer die Masse und je kleiner die Führungsschicht, desto komplexer das Führungsproblem. Erste Sicherungsaufgabe: Keine Zusammenballungen! Daher will die EU-Zentrale in Brüssel keine Nationalstaaten mehr und beschleunigt die Schaffung eines "Europa der Regionen". Die jeweilige Region soll nicht zu groß, dafür aber möglichst multinational, multikulturell und dadurch mit sich selbst und ihren internen Problemen beschäftigt. So wird zum Beispiel die EU-Region "Centropo" mit Wien als Hauptstadt von Niederösterreich, dem Burgenland, Südmähren, der Westslowakei und Westungarn geschaffen. Kärnten, Friaul und Slowenien sollen zur Region "Alpe-Adria" mit der Hauptstadt Laibach werden.

Die Auflösung der europäischen Nationalstaaten hat längst begonnen. Der EU-Reformvertrag ist nur ein Schritt, um die Regionen von einer monströsen Zentralverwaltung, in dem die Funktionäre der Hochfinanz und deren Großindustrie das Sagen haben, verwalten zu lassen. Ein weiteres Beispiel des Umbaus in Regionen ist Baden-Württemberg-Elsaß. Diese Region hat sich im März 2007 auf den EU-Fahrplan zur Bildung einer "Europäischen Metropol-Region am Oberrhein" geeinigt. Ein "Initiativkreis" aus Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft aus Baden-Württemberg und Frankreich will das Ganze vorbereiten. "Europäische Metropol-Regionen" sollen über nationale Grenzen hinweg die sogenannte "nachhaltige Entwicklung" nach der sogenannten Agenda 21 in Gang bringen. Was darunter zu verstehen ist, wissen die wenigstens, ihnen schweben Idealvorstellungen von Urlaubsorten vor, nach denen sie ihre Umgebung umgestalten sollen.

Schon Jean Monnet, einer der Gründerväter der EG, träumte von den Vereinigten Staaten Europas mit nur einer Regierung und einem Parlament. Sie sollten neben und zusammen mit seinem Leitbild, den USA, die Weltgesellschaft nach modernen Vorstellungen in den Griff nehmen. Nach welchen Vorstellungen? Formuliert werden sie immer zeitgeistgemäß propagandistisch. Doch das Ziel "Entmachtung der Nationalstaaten". Bei Kriegsausbruch 1914 schrieb der noch in Zürich lebende Bolschewist Trotzki das Buch, "Krieg und Internationale". Es enthielt genau denselben Gedanken, die der italienische Bankier und Hochgradfreimaurer Adriano Lemmi auch sonst propagierte. Trotzki schrieb: "Der Krieg von 1914 bedeutet vor allem die Zertrümmerung des Nationalstaates als eines selbständigen Wirtschaftsgebietes", und, es handle sich "um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes - der republikanischen Vereinigten Staaten Europas als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt". Der Erste Weltkrieg hatte dazu nicht ausgereicht es bedurfte eines Zweiten und möglicherweise auch eines Dritten. Trotzki-Bronstein gehörte der Pariser Loge "Art et Travail" an, die damals auch die Küche der revolutionären Propaganda war.

Herr der "Vereinigten Staaten der Welt" will/soll heute formal die UNO sein, die "Völkergemeinschaft" ohne Völker aber mit "demokratischen" Vollzugsregierungen. Der Nationalstaat wollte einmal eine Schutzeinrichtung der Völker und kleinen Leute gegen die Willkür mächtiger Einzelner sein. Das waren zunächst und weitgehend propagandistisch aufgeblasen die Kontrolleure der Nahrungserzeugung, wie Großgrundbesitz und Adel (obwohl es viel mehr auf die Bauern ankam), dann die Kontrolleure der Energie, des Wassers, der Luft ("Klimaschutz"!) und allem voran und über allem (auch der politischen Kritik) schwebend die Schöpfer und Kontrolleure des Geldes, die Herren schlechthin. Das Verbindende einer Nation war eine gemeinsame Kultur, die sich aus einer gemeinsamen Geschichte und Religion, bzw. deren Derivat, dem gemeinsamen Menschenbild ergab. Um die Demontage dieser Schutzeinrichtung geht es. Schon der Gründer der "Alliance Israélite Universelle" und Großmeister des französischen Grand Orient, Adolf Crémieux forderte in einer 1861 in Paris gehaltenen Rede, daß "die Nationalitäten verschwinden und die Religionen vergehen sollen".

Steve Watson von Prison Planet hatte am 18. Juni 2007 festgestellt: "Schritte, um die nationale Souveränität der europäischen Länder aufzulösen und die Macht der EU-Regierung zu vervielfachen, sind derzeit in vollem Gange [...] In einem Meilenstein, der erstaunlich wenig Beachtung fand, unterzeichneten Vertreter der EU und der USA kürzlich eine neue, transatlantische, ökonomische Partnerschaft, welche Regulationsstandards "harmonisieren" möchte und die Basis für eine Verschmelzung der USA und der EU zu einem einzigen Markt schaffen will, ein Riesenschritt in Richtung einer globalisierten neuen Weltordnung".

In diesem Sinne verstehen Sie vielleicht nicht nur die Verarmung des größten Teils der Bevölkerung, die zur Zeit offensichtlich in der EU ansteht. Ist eine Verarmung beim Stand der entwickelten Technologie nötig? Oder hatte sie das "Allmächtige Schicksal" oder die "Allliebende Mutter Natur" nach dem Nachkriegsaufschwung plötzlich angeordnet? Der bekannte US-Geschäfts- und Filmemacher Aron Russo, der mit Nick Rockefeller befreundet war, hatte dazu von seinem Freund Nick etwas anderes gehört.

Die Geldschöpfer und Herren der Welt glauben zur Domestizierung der Menschen, die Weltbevölkerung auf nur noch 10-20% absenken zu sollen. Die gleiche Idee soll David Rockefeller und Madeleine Albright auf einer Bilderberg-Konferenz in Kanada 2006 geäußert haben. Madeleine Albright habe sich in ihrem Beitrag nur auf Rußland und Deutschland bezogen, denen sie Bevölkerungen von 15 Millionen (Rußland) und 8 Millionen (Deutschland) zubilligen wollte. Nein! Das können, das wollen Sie nicht glauben. Aber wie verstehen Sie dann den Witz, mit dem Professor H. J. Schellnhuber, Direktor des Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und Berater der Bundesregierung und des IPCC in Fragen Klimapolitik in Vorträgen gerne seine Zuhörer aufzumuntern pflegt: "Treffen sich zwei Planeten im Weltraum. Fragt der eine: "Du siehst gar nicht gut aus, bist du krank?" "Ja", antwortet der andere, "ich hab' Homo sapiens". "Keine Sorge", erwidert der erste Planet, "das hatte ich auch schon. Das geht bald vorbei". So etwas ist für einige wenige Leute durchaus witzig. Gehören Sie dazu?